

SWZ: *Das Nein beim Verfassungsreferendum in Italien hat einmal mehr gezeigt, wie groß die Unzufriedenheit vieler Menschen ist. Erleben wir gerade einen Aufstand der Verlierer?*

Michael Seeber: Es ist kein Aufstand, sondern lediglich eine Reaktion auf die gesellschaftliche Umschichtung. Was wir erleben, ist eine Krise – und ich verwende den Ausdruck hier bewusst – im Abendland. Das hat zum einen damit zu tun, dass sich der Kapitalismus, der nach dem Wegfallen des Kommunismus zum Höhenflug angesetzt hat, sich zu einer Form entwickelt hat, die nicht langfristig so bleiben kann. Die Globalisierung und die mächtigen multinationalen Konzerne haben einiges in Unordnung gebracht, auch im Westen. Über deren Folgen können auch nicht so schöne Formulierungen wie Sozialpartnerschaft oder Sozialstaat hinwegtäuschen. Aber wichtig ist doch auch zu sehen, dass bei den Abstimmungen und Wahlen eindeutig die guten Leute gefehlt haben, die zukunftsfähige Politik machen können. Es ist doch nachvollziehbar, dass die Leute keine Clinton wählen, die aus dem Politestablishment kommt und ihr ganzes Leben in der Politik verbracht hat. Besonders was Amerika angeht, würde ich sagen, dass das kein Aufstand der Verlierer war. Es war vielmehr der Wunsch nach Erneuerung.

Stefan Perini: Ich glaube hingegen schon, dass das Einkommen und das Gefühl, abgehängt zu sein, bei dieser Abstimmung, aber auch beim Brexit und nicht zuletzt beim Referendum eine große Rolle gespielt haben. Das zeigen Wahlstromanalysen ganz klar. Wir müssen in Europa nach den Gründen suchen. Dabei hilft, wenn man sich die großen Entwicklungen der letzten 15 Jahre anschaut. Der Gründungsgedanke der EU als großes europäisches Friedensprojekt ist durch Terror und vor allem durch die Finanzkrise zunehmend auseinanderklafft und dass der Mittelstand ausgehöhlt wird. Wir entfernen uns schrittweise vom Prinzip des „Wohlstands für alle“ von Ludwig Erhard. Diese Idee war ja ein wenig der Leitgedanke für das europäische Projekt. Das bedeutet ja nicht, dass alle gleich viel verdienen müssen. Der wünschenswerte Weg ist nicht eine Rückkehr in den Kommunismus. Aber Europa stand immer dafür, dass jemand mit seiner Leistung ein würdiges Einkommen erzielen

Italien und Griechenland sind die einzigen Länder in Europa, in denen es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt.

Stefan Perini

kann und dass eine gewisse Umverteilung und ein soziales Netz da sind. Besonders der Faktor Leistung wird heute kritischer denn je gesehen. Viele Menschen in Europa, aber auch in Südtirol haben das Gefühl, dass Leistung nicht mehr ausreicht, wenn man etwas erreichen bzw. es nach oben schaffen möchte. Die Herkunft der

Eltern und Netzwerke zählen dem Empfinden nach sehr viel mehr. Das zeigen unsere Untersuchungen, aber auch andere Befragungen, etwa in Deutschland, sehr deutlich.

Herr Seeber, wenn Sie jetzt noch einmal von vorne anfangen müssten: Glauben Sie, Sie könnten Ihre Unternehmungen im Stile eines Selfmade-man wiederholen?

Michael Seeber: In einem Punkt gebe ich Herrn Perini recht. Wir vergessen zu oft, dass wir seit mehr als 60 Jahren Frieden in Europa haben. Wir alle kennen doch keinen Krieg mehr. Das ist nicht hoch genug einzuschätzen, und dieser Umstand darf bei solchen Diskussionen nie aus den Augen gelassen werden.

Stefan Perini

Viele Menschen in Europa und auch in Südtirol haben das Gefühl, dass Leistung nicht mehr ausreicht, wenn man etwas erreichen und es nach oben schaffen möchte. Die Herkunft der Eltern und Netzwerke zählen dem Empfinden nach sehr viel mehr.

Zur Frage: Ich bin überzeugt, dass es heute jemand genau so machen könnte, wie ich es gemacht habe.

Ich habe sehr viel Glück gehabt im Leben. Viele meinen, dass es nur um Tüchtigkeit geht. Dabei ist es doch so, dass man dem Glück die Tür aufmachen muss. Das wird oft vergessen. Die Möglichkeiten gibt es heute genauso wie früher, nur eben in anderer Form. Im Unterschied zu früher muss ich als junger aufstrebender Mensch eben die digitalen Möglichkeiten nutzen. Wie das geht, zeigt gerade ein junges Start-up-Unternehmen, das wir als Leitner fördern. Die werden noch sehr weit kommen.

Sie denken also, dass Chancengleichheit herrscht?

Michael Seeber: Es wäre vermessen und unklug, wenn ich in meiner Position sagen würde, dass es Chancengleichheit von Geburt an gibt. Die Herkunft der Eltern hat einen Einfluss auf das Weiterkommen der Kinder. Jene aus sozial besser gestellten Familien haben Vorteile anderen gegenüber, da besteht kein Zweifel. Ein Kind aus einer Familie eines Arbeiters, das in einem kleinen und entlegenen Seitental aufwächst, hat sicher nicht die gleichen Chancen wie z.B. meine eigenen Kinder. Es ist jedoch auch Fakt, dass wir heute zum Glück in Südtirol so weit sind, dass jedes Kind, das weiterkommen will, auch weiterkommen kann.

Stefan Perini: Das stimmt. Aber man muss auch sehen, dass besonders Südtirol hier eine Insel der Seligen ist. Nicht umsonst wird die Generation der nach 1990 Geborenen als „Generation Praktikum“ bezeichnet. Die Leute hangeln sich von einem Praktikum zum nächsten, von einem befristeten Arbeitsvertrag zum anderen und können sich bis 30 nicht beruflich stabilisieren. Ich kann schon nachvollziehen, dass junge Menschen – besonders in Italien – eine Perspektivlosigkeit empfinden. Die können sich kein eigenes Zuhause, keine Familie und keine Zukunft aufbauen. Noch einmal: Die Situation ist in Südtirol weniger dramatisch, und sie ist gerade dabei, sich zu verbessern. Zum einen hat sich die Arbeitsmarktsituation in diesem Jahr deutlich aufgehellt. Der Arbeitsmarkt ist fast leer gefegt an Fachkräften. Und die Prognosen zeigen uns auf: Ab 2020 wird es in Südtirol mehr

SWZstreitgespräch

Wie gerecht sind wir?



Pensionierungen geben als junge Menschen, die nachrücken. Das ist die große Chance für die Jugend.

Michael Seeber: Natürlich ist Südtirol eine Insel der Seligen. Trotzdem sind wir ein Teil Italiens und über 40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit im Süden sind ein

Ich bin überzeugt, dass es heute einer genau so machen könnte, wie ich es mit meinen Unternehmen gemacht habe.

Michael Seeber

riesiges Problem für diesen Staat mit dieser Verschuldung. So schlecht steht ja niemand in Europa da, nicht Portugal, nicht Spanien, ja nicht einmal mehr Griechenland. Wohin das führt, ist noch nicht abzusehen. Das ist ein riesiges gesellschaftliches Problem. Aber es ist meines Erachtens so, dass das Nein zum Verfassungsreferendum nicht wegen der ökonomisch schlecht gestellten Jungen und Südtiroler zustande gekommen ist, sondern weil sich alle politischen Kräfte bis auf PD und SVP in Italien dagegen ausgesprochen haben.

Braucht Italien mehr Umverteilung oder weniger, Herr Perini?
Stefan Perini: Es braucht mehrere Interventionsschienen: Chancengleichheit,

Mindestlöhne und ein gutes Maß an Umverteilung. Echte Chancengleichheit bedeutet, dass sozial und kulturell bedingte Unterschiede so gut wie möglich ausgeglichen werden. Das heißt in der Praxis vor allem Bildungsgleichheit, beginnend von der frühkindlichen Bildung. Wir müssen schauen, dass wir genug Kindergarten- und Kinderhortplätze, Plätze für alle in allgemeinbildenden Schulen und eventuell auch genug zusätzliche Hilfen für Migranten haben. Als Teil unserer Gesellschaft haben letztere eben höhere Defizite vor allem bei der Sprache, die ausgeglichen werden sollten. Zum Thema Mindestlöhne: Natürlich wäre es das Beste, wenn jeder durch seine eigene Kraft jenen Lohn erwirtschaften könnte, der ihm ein würdiges Leben ermöglicht. Nur ist das auch in Südtirol nicht immer gegeben. Die Spanne geht von sehr hohen bis zu sehr niedrigen Einkommen. Ich habe kein Problem mit sehr hohen Einkommen. Ich habe ein Problem damit, dass jemand in einem Vollzeitjob 700 oder 800 Euro pro Monat erhält. Italien und Griechenland sind die einzigen beiden Länder in Europa, in denen es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Es wäre angebracht, darüber nachzudenken, ob jemand, der bis zu 160 Stunden im Monat absolviert, in Südtirol nicht doch mindestens 1.200 Euro erhalten kann. Bei der Umverteilung ist es so: Das Geld muss wirksam eingesetzt werden. Nicht wie viel umverteilt wird, zählt, sondern wie gut umverteilt wird.

Was heißt konkret wirksam?
Stefan Perini: Wirksam bedeutet, dass das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird. Es gibt Staaten in Europa, die es mit einem relativ geringen Wohlfahrtsbudget schaffen, Chancengleichheit herzustellen



Die Debatte um soziale Gerechtigkeit und Ungleichheit hat sich wie ein roter Faden durch 2016 gezogen. Sind es die richtigen Themen bei der Suche nach Antworten auf den Populismus, der den Brexit, die US-Wahlen oder das italienische Verfassungsreferendum entschieden hat? Oder sind es andere? Der Sterzinger Unternehmer Michael Seeber und der Direktor der Arbeitsförderungsinstitutes AFI, Stefan Perini, diskutieren darüber mit der SWZ.

und Armut abzubauen. Das schafft Italien einfach nicht. Es gibt 50 Prozent seiner Wohlfahrtsausgaben für Renten aus – was im Übrigen die höchste Rate in Europa ist – und es gibt dennoch Altersarmut. Das italienische Rentensystem mit seinen verschiedenen Arten von Frühpensionierungen oder goldenen Pensionen ist ein Flickwerk. Hier ließe sich so vieles besser machen. Deswegen ist es traurig, wenn man hört, dass ein starker Staat falsch sei. Es braucht nur den richtigen Staat.

Schon Schopenhauer und Nietzsche wussten: Der Neid ist ein elementarer Bestandteil des Menschseins.

Michael Seeber

Wie sieht der richtige Staat für Sie aus, Herr Seeber?
Michael Seeber: Sozial muss er schon sein, aber er muss vor allem auch Bürokratien abbauen. Der Bürokratismus, der in Italien herrscht, ist einfach schreck-

lich. Das ist ein riesiger Wettbewerbsnachteil für das Land, weil im Ausland andere Bestimmungen herrschen. Aber wenn wir hier von Ungleichheit reden, ist doch zu sehen, dass die eigentlichen Ungleichheiten in Europa ganz andere sind. Schauen wir uns doch an, welche Macht die multinationalen Konzerne wie General Electric oder Siemens bereits haben. Der Vorstandsvorsitzende dieser Konzerne hat doch heute de facto mehr Macht als manche Ministerpräsidenten. Diese Firmenbosse werden immer stärker und mächtiger. Und zudem haben sie die Möglichkeit, die weltweit sehr unterschiedlichen Steuergesetzgebungen massiv zu ihrem Vorteil auszunutzen. Wie kann es sein, dass z.B. Starbucks die Steuern auf die verkauften Kaffees nicht im Verkaufsländ, sondern auf irgendeiner steuerbegünstigten Insel bezahlt. Das ist genau das, was bei der Globalisierung und bei der aktuellen Form des Kapitalismus aus dem Ruder läuft. Hier ist es höchste Zeit, dass die Politik diese Fehler im kapitalistischen System angeht.

Wie soll das gehen?
Michael Seeber: Meines Erachtens haben wir in Europa noch nicht die wahren Auswirkungen der Globalisierung, auch für unsere Arbeitsmärkte, erfasst. Die Arbeitsplätze entstehen zurzeit außerhalb von Europa. Somit dort, wo viele europäische Firmen zur Hälfte der europäischen Kosten bereits jetzt produzieren

lassen. Immer mehr internationale Produktionsbetriebe verlassen Europa. Da sind wir als Betrieb mit einer gewissen Größe mit unseren Standorten in Sterzing und Telfs schon fast eine Ausnahme. Die Diskussion über die Zukunft der Arbeitsplätze ist noch mehr unter dem Aspekt der Globalisierung zu führen. Auch hier kann der Arbeitsmarkt stark in die Bredouille kommen, wobei die Entwicklung noch gar nicht abzusehen ist.

Michael Seeber

Vom humanistischen Standpunkt aus gesehen, ist das Soziale in der sozialen Marktwirtschaft nie stark genug. Wirtschaftlich betrachtet gilt es immer zu sehen, was möglich ist. Ansonsten kehrt der Kommunismus zurück.

Stefan Perini: Aber hier sieht man an diesen Entwicklungen doch auch gut, welche Folgen es hat, wenn sich der Staat zu weit zurückzieht. Es braucht einen ausgewogenen Mix zwischen Staat und Privatinitiative. Problematisch wird es, wenn im Rahmen der Privatwirtschaft nicht freier Wettbewerb, sondern marktbeherrschende Stellungen entstehen und es zur Bildung von Großkonzernen und Monopolen kommt, die dann auch noch von einer fehlenden Harmonisierung der Steuergesetzgebung profitieren. Das Gleiche gilt für die fehlende Harmonisierung des Arbeitsrechts.

Funktioniert die soziale Marktwirtschaft noch, oder braucht es andere Modelle?

Stefan Perini: Mir fällt keine Alternative zur sozialen Marktwirtschaft ein. Vielleicht könnte es die ökosoziale Marktwirtschaft sein. Eine Wirtschaftsform, an der die Privatwirtschaft zwar maßgeblich beteiligt ist, aber in der auch der Staat stark ist und für die Grunddienste sorgt, sich um Chancengleichheit bemüht und die soziale Mobilität fördert, ist die wünschenswerte. Der ökologische Aspekt drückt sich vor allem in einem verantwortungsvollen Wirtschaften im Hinblick auf die nachfolgenden Generationen aus. Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Globalisierung, welche in die falsche Richtung gegangen ist, nicht mehr

Ich habe kein Problem mit sehr hohen Einkommen. Ich habe ein Problem damit, dass jemand in Südtirol in einem Vollzeitjob 700 oder 800 Euro erhält.

Stefan Perini

von einzelnen Staaten korrigiert werden kann. Da braucht es internationale Lösungen, bis hin zu Antitrust-Regelungen zur Vermeidung von marktbeherrschenden Stellungen und der Zerschlagung von Konzernen.

Michael Seeber: Ich glaube auch, dass es keine Alternative zur sozialen Marktwirtschaft oder zum Kapitalismus gibt – je nachdem, wie man es bezeichnen will. Nehmen wir soziale Marktwirtschaft, das klingt schöner. Ich denke, das Soziale ist stark genug ausgeprägt. Vom einem

humanistischen Standpunkt aus gesehen ist das Soziale nie stark genug. Allerdings gilt es zu sehen, wie weit das möglich ist, ohne wieder in einen Kommunismus zu rutschen. Denn hier muss ich entscheiden sagen: Die soziale Marktwirtschaft würde eigentlich hervorragend funktionieren, wenn weniger Einfluss der öffentlichen Hand und der dazugehörigen Bürokratie da wäre.

Wo der Staat bzw. die EU sich dringend etwas überlegen muss, ist bei der Einwanderungsfrage. Wir als Gesellschaft können nicht ganz Afrika aufnehmen, dann gibt es uns in ein paar Jahren nicht mehr. Angela Merkel musste natürlich ihren berühmten Satz „Wir schaffen das“ sagen. Was soll sie denn als Chefin eines Betriebes mit 80 Millionen Personen anderes sagen? Falsch war, dass sie auch gesagt hat, dass alle willkommen sind. Alle sind eben nicht willkommen. Die europäische Staatengemeinschaft muss dringend etwas tun, um gemeinsam mit den Herkunftsländern der Migranten den Menschen vor Ort bessere Perspektiven zu bieten, damit sie dort bleiben können.

Stefan Perini: Ich sehe das so: Migrationsbewegungen hat es immer schon gegeben. Auch in Südtirol sind Menschen weggegangen, als es anderswo viel bessere wirtschaftliche Bedingungen gegeben hat. Das Problem ist, dass die Ungleichheit zwischen der Nordhalbkugel und dem Süden immer größer geworden ist und die Internationale Gemeinschaft und seine vielen Organisationen es nicht geschafft haben, gewisse Menschenrechte wie Ernährung oder Bildung rund um den Globus als eine Art Standard zu etablieren. Und das mehr als 200 Jahre nach der ersten Erklärung der Menschenrechte. Das ist ein Armutszeugnis für die Internationale Gemeinschaft! Was wir jetzt erleben, stellt natürlich die Gesellschaft, aber auch die Arbeitsmärkte und Volkswirtschaften im Westen vor gewaltige Herausforderungen.

Was muss Südtirol tun, um diese und andere Herausforderungen im nächsten Jahr zu „schaffen“?

Michael Seeber: Für Südtirol wird es darauf ankommen, dass die Politiker, die gewählt worden sind, mehr Mut zur Führung und zu Entscheidungen haben. Nicht Beamte sollen entscheiden, sondern die Politiker, die ja auch Verantwortung gegenüber dem Wähler tragen. Wir haben in den meisten Bereichen in Südtirol eine Beamten-Oberherrschaft. Südtirol muss den Mut haben, über den Tellerrand zu blicken und Gutes von dort mitzunehmen, weil man immer besser werden kann.

Stefan Perini: Südtirol hat unter der Ägide Kompatscher eine Entflechtung zwischen privatem und öffentlichem Interesse eingeleitet. Das ist sehr gut. Die Halbeitzbilanz der Landesregierung kann sich auch in puncto Wirtschaftspolitik sehen lassen, mit einer klaren Weichenstellung: Steuerentlastungen anstatt Förderungen. Durch den Sicherungspakt mit Rom ist es gelungen, die Einnahmenseite des Haushalts zu stabilisieren. Luft nach oben herrscht schließlich beim Umbau des Wohlfahrtsystems. Hier braucht es eine stärkere Evaluation in Bezug auf die Leistungen, die es auf ihre Wirksamkeit zu hinterfragen gilt. Und: Die Politik muss das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen.

Das Gespräch führte Hannes Peintner